

Beiert, 24. August 2012

Richard Jilka  
Beiert 7  
53809 Ruppichteroth  
02247/2728  
riji@gmx.de

### **Anregung zu politischen Themenschwerpunkten**

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD,

meine Anregung zur Bildung von Themenschwerpunkten in Hinblick auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf ist in der Flut der Meinungen gewiß bedeutungslos. Vielleicht können meine Hinweise dennoch ein wenig dienlich sein.

Eine Oppositionspartei, die Regierungsverantwortung anstrebt, sollte das Land nicht bloß etwas besser verwalten wollen als die Regierung. Denn es ist unnötig, eine neue Regierung zu wählen, bloß damit es etwas besser werde. Statt eines kleineren Übels sollte die Opposition den Wählern ein anderes politisches Konzept, eine deutlich unterscheidbare Alternative anbieten, um damit Hoffnungen und vielleicht sogar Begeisterung zu wecken. Um die mit zersplitterten politischen Allerweltsaussagen einhergehende Beliebigkeit und Verwechselbarkeit zu vermeiden, sollten sich die Wahlkämpfer auf einige klar erkennbare Themenschwerpunkte konzentrieren, auf die immer wieder zurückgekommen wird und auf die bezogen untergeordnetere Aussagen ausgerichtet werden. Um den Wählern ein stimmiges Konzept für eine alternative Politik vorzulegen gilt es die Argumentationsstruktur der Themenschwerpunkte, zu denen sich die Partei entscheidet, wohlüberlegt aufeinander abzustimmen und sie miteinander in einem Verweisungszusammenhang eng zu vernetzen. Ein auf wenigen aber klaren Schwerpunkten fußendes, durchgängig schlüssiges politisches Konzept bindet das intellektuelle Potential einer politischen Partei so sehr, daß für Scheingefechte kaum Kraft übrig bleibt. Die Konzentration auf Wesentliches erhöht die Glaubwürdigkeit in den Augen der Wähler. Indem Scheindiskussionen um Betreuungsgeld oder Praxisgebühr, um die Beschneidung kleiner Jungen oder die Feinheiten der Besteuerung homosexueller Paare, um steuerfinanzierte Ergänzungsrenten für unterbezahlte Langzeitarbeitnehmer oder die Frauenquote für 300 elitäre Spitzenposten oder einen Steuerkrieg gegen die Schweiz, wird vor der Diskussion wichtiger gesellschaftlicher und politischer Probleme gekniffen. Abgesehen von der gegenwärtig besonders

aktuellen Frage nach Krieg & Frieden gibt es eine Reihe zentraler innenpolitischer Themenkomplexe, die eine Oppositionspartei tagtäglich offensiv ansprechen sollte. Jeden Bürger betreffen Themenschwerpunkte wie:

- **Krieg und Frieden.** Immerhin wird gegenwärtig ein Angriffskrieg gegen den Iran geplant und öffentlich propagiert. Dieser Krieg könnte das Ende unserer immer noch heilen Wohlstandverteilungswelt bedeuten. Aber es wird schlicht nicht diskutiert, wie wir uns dem bevorstehenden Kriegsfall gegenüber verhalten wollen oder welche Vorkehrungen hierzulande getroffen werden können. Von einer außenpolitischen Linie Deutschlands kann gegenwärtig keine Rede sein.
- Welche Verantwortung will Deutschland in **Europa** übernehmen? Will unsere Gesellschaft bloß ihre nationalstaatlichen Gewinne im Rahmen der EU maximieren, ohne schwächeren Partnern erklärter Maßen beizustehen, um durch die Teilung des Wohlstands mit unserer Währung unsere europäische Gemeinschaft zu festigen? Jenseits von CDU/CSU & FDP muß von Politikern öffentlich klargelegt werden, darin besteht das Bohren der dicken Bretter, daß das Beharren auf die Alleinverantwortung jedes Staates für sich selbst gegenwärtig das Risiko der Erosion unserer Union mit unabsehbaren Folgen für den deutschen Wohlstand birgt. Die Alternative zu nationalen Egoismen ist die für den Erhalt unseres gemeinsamen Wohlstands unerläßliche Vertiefung der Europäischen Union durch die Abgabe traditioneller Souveränitätsrechte der Einzelstaaten an die Union. Dafür ist in Deutschland eine Änderung des Grundgesetzes unerläßlich, worüber *vor* den Bundestagswahlen gesprochen und diesbezügliche Positionen deutlich gemacht werden sollten, damit die Bürger tatsächlich eine entscheidende Wahl haben, anstatt bloß eine zwischen Betreuungsgeld oder Kindergarten.
- Angesichts der gegenwärtigen **Weltwirtschaftskrise** stellt sich dringlich die Frage, ob und wie eine Ökonomie zukünftig beschaffen sein könnte, die ohne herkömmliches Wirtschaftswachstum die Bedürfnisse der Menschen befriedigt, Wohlstand erhält, Lebensqualität schafft. Eine Oppositionspartei sollte im Wahlkampf ein ökonomisches Konzept ohne Wachstumszwang vorstellen und anderslautenden Vorurteilen entgegen offensiv vertreten.
- Auch in **ökologischer** Hinsicht ist die Abkehr von der herrschenden Wachstums- und Leistungsideologie ein Thema erster Ordnung. Eben weil es vielen Kleinbürgern schwer verständlich zu machen ist, gehört

es zu den Aufgaben von Politikern, ihre Wähler durch Aufklärung, also anhaltendes und wiederholtes Besprechen der Problematik, zu erziehen. Es gilt in ökonomisch ökologischer Hinsicht Alternativen für ein besseres Leben zur Wahl zu stellen. Von verantwortlichen Politikern ist zu verlangen, daß sie deutlich machen, das die Änderung unseres Lebensstils unvermeidlich ist, wenn wir die natürlichen Grundlagen unserer Existenz schützen wollen.

- Als Alternative zum bestehenden **Sozialsystem**, in dem die Solidarität, deren herkömmliche Finanzierung an Grenzen gestoßen ist, zu Gunsten der Selbstvorsorge verringert wird, könnte das Konzept der Bürgerversicherung erklärt, propagiert und als zentrale Forderung zur Wahl gestellt werden. Das System individualisierter Zahlungen mit entsprechenden Leistungen könnte durch ein alle Staatsbürger einbeziehendes System sozialer Sicherung, bezahlt durch Abgaben & Steuern, ergänzt oder abgelöst werden. Eine einheitliche Grundversorgung könnte sogar kostengünstiger sein, als unser auf fragwürdigen Gerechtigkeitsvorstellungen fußendes, hochkomplexes, mit den Jahrzehnten unverständlich, weil unübersichtlich gewordenes und in seinen einzelnen Leistungen nicht selten auf Besitzstandssicherung und Privilegisierung zielendes Abgabensystem. Eine Grundsicherung im Alter, ausreichende Leistungen bei Arbeitslosigkeit oder vielleicht sogar ein, wenn auch kleines so doch ausreichendes und bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Bürger, könnte den die Menschen bedrückenden und sie der Wachstumsideologie unterordnenden Leistungsdruck in unserer Gesellschaft entschärfen, indem jenseits der Erwerbstätigkeit an den Rändern der Konsumgesellschaft mit abweichenden Lebensformen Freiheit möglich wird.
- Berufliche Ausbildung allein ist keinesfalls ausreichend, um die Befähigung zu erlangen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Der Eigenwert der **Bildung** muß wieder zur Sprache gebracht werden und entgegen der ökonomischen Vereinnahmung oder der Beliebigkeit von Werten in den Vordergrund gerückt werden. Ohne unfassende, also geistig musische Menschenbildung mag die Ökonomie dank ihrer Spezialisten eine Weile funktionieren, der Demokratie aber, somit dem menschenwürdigen Zusammenleben, wird die Grundlage entzogen.

**Zusammenfassend:** Zentrale politische Fragestellung, die vor den Bundestagswahlen offensiv angesprochen und deren Beantwortung innerhalb der Partei geklärt werden sollten, sind also:

Krieg & Frieden; unsere Haltung zu einem Angriffskrieg gegen den Iran.

Die Rolle Deutschlands in Europa; solidarisch vertiefen.

Eine Ökonomie jenseits der Zwänge zu Wirtschaftswachstum als langfristige Antwort auf unsere ökonomische und ökologische Krise.

Die ökologische Krise erfordert die Veränderung unseres Lebensstils in Richtung auf ein materiell einfacher ausgestattetes, also bessere Lebensweise.

Eine Bürgerversicherung mit Grundversorgungen sollte die Unzulänglichkeiten unseres Sozialversicherungssystems lindern und soziale Sicherheit für alle Staatsbürger langfristig finanzierbar gewährleisten.

Unabhängig von ökonomischer Brauchbarkeit sollte Bildung als Wert an sich selbst gefördert werden, auf daß der Mensch als geistiges Wesen im Zentrum des Politischen stehe.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Mit freundlichen Grüßen,  
Richard Jilka